

# CHRONIK DER LITAUISCHEN KATHOLISCHEN KIRCHE

## Nr. 19

In dieser Nummer:

Brief an Alfred Kardinal Bengsch, Erzbischof von Berlin

Brief an den Nobelpreisträger A. D. Sacharow

Briefe und Darlegungen an das Zentralkomitee der Litauischen  
Kommunistischen Partei

Der Kummer von Vidmantas Povilionis

Verleumdung anstatt Traueranzeige

Nachrichten aus Diözesen

Neues aus der Heimat

Brüder in Weißrußland

In der sowjetischen Schule

Seiner Eminenz Alfred Kardinal Bengsch, Erzbischof von Berlin.

Eminenz!

In der Zeit vom 22.—26. August 1975 war für alle Gläubigen Ihr Besuch in unserem Vaterland eine unverhoffte angenehme Überraschung. Wir schauten auf Ihr freundlich lächelndes Gesicht, hörten Ihre warmen herzlichen Worte über unseren Glauben, auch wurden in uns neue Hoffnungen geweckt, daß den Apostolischen Stuhl und die breite Weltöffentlichkeit mehr objektive Informationen über die Lage der Kirchen in Litauen erreichen könnten. 1974 hörten wir aufmerksam die Ansprachen von Ihnen und der Kardinäle Wyszynski und Slipyj auf der Bischofsynode in Rom, soweit es die Störer der Rundfunksender zuließen. Hieraus erkannten wir, daß Sie gütig und warmherzig sind und christlichen Mut haben, sich auch für die einzusetzen, die wegen ihres Glaubens an Gott und die Kirche verfolgt werden. Für unsere Sorgen und unsere schwere Lage haben Sie Verständnis gezeigt. Der Tag Ihrer Ankunft wurde für Priester und Gläubige geheimgehalten. Auch die in Verbannung lebenden Bischöfe J. Steponavičius und V. Sladkevičius wurden nicht vorher informiert. Erst am Vorabend Ihrer Ankunft gab man in der Basilika von Kaunas Ihren Besuch bekannt, aber die Priester in den Provinzen wußten nichts über Ihre Ankunft. Nur regimetreue Priester wur-

den mit den Vorbereitungen für Ihren Besuch beauftragt und wie es scheint, lief alles nach Plan, ohne Enttäuschung. Alle diejenigen, die Ihnen über die wirkliche Lage der Kirche hätten berichten können, hatten keinen Zutritt. Ihnen wurden keine geschändeten Gotteshäuser gezeigt, wohl aber hat man Sie nach Pirčiupis geführt. (Um bei der Wahrheit zu bleiben, darf man nicht vergessen, daß es in Litauen nicht nur Gräber von Opfern des Nazismus gibt, sondern auch von sowjetischen, z. B. in Pravieniškiai und im Wäldchen von Rainiai und auch noch andere.) Kein Kirchenchor durfte in Panevėžys singen, sonst wäre man bei der Regierung in Ungnade gefallen, und der Eindruck zu groß gewesen.

In Kaunas gestattete man nicht, das Bild des Hl. Vaters am Portal der Basilika anzubringen. Auch durften die Gläubigen Sie nicht etwas weiter vor dem Eingang empfangen. Tausende von Gläubigen kamen, trotz aller Bemühungen der Regierung und ihrer Helfershelfer, um Ihnen, dem Apostolischen Stuhl und der Kirche Ehrerbietung zu bezeugen. Im Namen aller Gläubigen und Priester möchten wir Sie um Entschuldigung bitten, daß wir Sie nicht so empfangen durften, wie es unser Wunsch gewesen wäre. Wir bitten ebenfalls für die eingeplanten Taktlosigkeiten um Entschuldigung (der Fall Pirčiupis). Leider war es uns nicht möglich, Ihnen über die Leiden der katholischen Kirche in Litauen persönlich zu berichten, so möchten wir dies in der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“ tun.

Sobald 1940 die Rote Armee die Grenze Litauens kaum überschritten hatte, begann man mit der Verfolgung der katholischen Kirche. Am 2. Juli wurden die diplomatischen Beziehungen mit dem Apostolischen Stuhl abgebrochen und das Konkordat für nichtig erklärt. Es wurden sämtliche katholischen Organisationen aufgelöst, die katholischen Schulen verstaatlicht, die Herausgabe katholischer Presse und Literatur verboten. Gewaltsam wurden die Klöster aufgelöst und von drei Priesterseminaren wurde nur eins (in Kaunas) belassen. Diesem Seminar wurden im Studienjahr 1940/41 die Räumlichkeiten genommen. Vertreter der Sowjetregierung erklärten dem Bischof Brizgys, daß man doch junge Menschen nicht verführen solle, und in etwa fünf Jahren würden selbst die Bischöfe die Sowjetregierung um eine Beschäftigung bitten. Massendeportationen der Litauer nach Sibirien setzten am 14. Juni 1941 ein. Binnen kurzer Zeit hat man etwa 35 000 Menschen in Viehwagen abtransportiert. Es wurden die Männer von ihren Familien getrennt und unzählige fanden als Verbannte im Archipel Gulag den Tod. Die Rote Armee mordete beim Rückzug viele Gläubige und machte auch vor den Priestern nicht halt. In Lankeliškiai ermordeten sie die Priester Dabrila, Petrikas und Balsys, in Pusnė Priester V. Balčius, in Merkinė Priester A. Juknevičius.

Der Bischof von Vilnius, Mečislovas Reinys, wurde am 7. Juli 1946 verhaftet. Im Gefängnis von Wladimir ist er am 8. Dezember 1953 umgekommen. Im Herbst 1946 nahm man den Bischof von Telšiai, Borisevičius, in

Haft, der 1947 erschossen wurde. Am 18. Dezember 1946 wurden der Bischof Teofilus Matulionis (von Kaišiadorys), ebenso sein Generalvikar Juozapas Labukas verhaftet, einige Zeit später der Suffragan-Bischof von Telšiai, Pranciškus Ramanauskas. Nur Bischof Kazimieras Paltarokas von Panevėžys blieb in Freiheit. Erneut setzten Verbannungen der Litauer nach Sibirien ein, lange Gefängnisstrafen wurden für viele verhängt, manche bis zu 25 Jahren. Der größte Teil wurde später rehabilitiert.

Auf Anordnung des Bevollmächtigten der Religiösen Kulte, Gailevičius, setzte man am 13. 9. 1946 die Alumnenzahl des einzig verbliebenen Priesterseminars von 300 auf 150 herab, später ermäßigte man diese Zahl auf 25 Kleriker. Die Sowjetregierung hat nunmehr die Zahl der Kleriker (wohl nicht ohne Einfluß der Weltöffentlichkeit) auf 50 erhöht. An Stelle des verstorbenen Verwalters der Erzdiözese Kaunas, Prälat St. Jakubauskas, wurde Herr Kanonikus J. Stankevičius gewählt, der 1949 nach der Verhaftung des Bistumsverwalters von Vilkaviškis, Kan. Vizgirda, und des Bistumsverwalters von Kaišiadorys, Prälat Br. Sužiedėlis, auf Anordnung der Sowjetregierung zugleich der Verwalter dieser zwei Bistümer wurde.

Der Bevollmächtigte für Religiöse Kulte, Pusinis, ließ 1950 bekanntgeben, für Priester würde ein Speziallager eingerichtet werden, so etwa ein Fischereikombinat, in welchem etwa 200 arbeitswillige Priester beschäftigt werden würden. Pušinis prophezeite, daß nach zwei Jahren von der Kirche in Litauen nur noch Federn und Knochen übrig wären. Es wurden in der Tat viele Kirchen geschlossen und einige hundert Priester wanderten in den Archipel Gulag. Unter der Leitung von Polanski wollte das Amt für Religiöse Kulte 1950 die litauischen Priester zwingen, einen Aufruf zu unterschreiben, der Papst Pius XII. verurteilen sollte. Diese Aktion schlug fehl, denn von 1000 Priestern unterschrieben nur 19.

1946 wurden Pfarrkomitees gegründet, dies geschah auf Anordnung der Sowjetregierung, die Komitees sollten die eigentlichen Kultdiener sein. Der sowjetische Paß eines Priesters enthält auch heute den Vermerk „Kultdiener“. Die Verwirklichung der Idee, Pfarrkomitees zu gründen, ist am Widerstand der Priester bisher gescheitert, aber die Sowjetregierung will keineswegs von ihrem Vorhaben abgehen. Eine vollständige Abhängigkeit der Priester von den Pfarrkomitees möchte die Regierung in Litauen erwirken, um auf diese Weise zu erreichen, daß alle Anordnungen der Vertreter der Sowjetregierung blind befolgt werden. In Weißrußland sind Mitglieder der Pfarrkomitees verpflichtet, Kindern den Zutritt zur Kirche zu verwehren, Personen, die religiöse Dienste in Anspruch nehmen, bei der Regierung zu denunzieren und ähnliches.

Nach Stalins Tod sind zwei Bischöfe — T. Matulionis und Pr. Ramanauskas — sowie viele Gläubige und Priester aus den Lagern in die Heimat zurückgekehrt. Etwas hatte die Angst nachgelassen und die Seelsorgearbeit wurde auch aktiver. Die Konsekration von zwei Bischöfen — Julijonas

Steponavičius und Petras Maželis — ließ die Regierung zu. Ein unerfahrener Beobachter könnte somit den Eindruck gewinnen, als wolle man die zugefügten Ungerechtigkeiten zum Teil wiedergutmachen, aber die Realität ist nur eine geänderte Taktik der Sowjetregierung. Damit durch rigorose Verfolgung kein Märtyrergeist geweckt wird, setzt man zur Zerstörung des Glaubens in Litauen die verschlagensten Mittel ein, auch hierfür werden Geistliche eingespannt. Um kleinmütige Priester voll und ganz gefügig zu machen, wurden die aktiven wieder verhaftet und in die Lager Mordaviens gesteckt. Der ohne Zustimmung der Regierung konsekrierte Bischof Vincas Sladkevičius kam 1957 in Verbannung nach Naujasis Radviliškis.

1958 verbannte man Bischof Julijonas Steponavičius nach Žagarė, weil er gewissenhaft seinen Hirtenpflichten nachgegangen war. Bischof T. Matulionis wollte 1957 die Verwaltung des Bistums Kaišiadorys von Kan. J. Stankevičius übernehmen, jedoch erlaubte ihm die Regierung dies nicht, vielmehr wurde er nach Šeduva im Bistum Panevėžys verbannt.

Weniger aktive, aber der Regierung gegenüber loyale Priester, wurden stufenweise zu Bistumsverwaltern, mit geringen Ausnahmen auch zu Dechanten oder zu Pfarrern großer Pfarreien ernannt. In einigen Fällen spielte bei den Wahlen von Bistumsverwaltern sogar Betrug eine Rolle. Man hat beispielsweise bei der Wahl des Bistumsverwalters von Kaišiadorys dem Domkapitel berichtet, daß die Bischöfe T. Matulionis und V. Sladkevičius wünschten, daß Kan. P. Bakšys zum Verwalter gewählt werde. In Wirklichkeit aber hatten diese beiden Bischöfe die Anweisung gegeben, Herrn Kan. P. Bakšys nicht zu wählen.

Der Bevollmächtigte des Rates für Religionsangelegenheiten, Rugienis, vormals Chef des Sicherheitsdienstes in Kėdainiai, terrorisierte in massiver Weise Bistumsverwalter und Priester. J. Stankevičius haben verschiedene Beamte des Staatsicherheitsdienstes und auch Mitglieder des Rates für Religionsangelegenheiten stundenlang bearbeitet und versucht, ihn zu unzulässigen Zugeständnissen zu zwingen. Daraufhin hat die bischöfliche Kurie von Kaunas in rascher Folge Erlasse an Priester verschickt, in welchen es hieß, daß der Rat für Religionsangelegenheiten Hausbesuche, die Vorbereitung der Kinder zur Erstkommunion, das Ministrieren, die Weihe der von Gläubigen errichteten Kreuze u. a. verbiete. Gegenüber der Regierung hat sich ein gewisser Stil der Nachgiebigkeit herausgebildet. Priester, die auf friedlichem Wege eine Koexistenz mit der Regierung anstreben, werden von Bistumsverwaltern als gute Priester bezeichnet, besonders wenn sie den Regierungsvertretern nicht widersprechen, ihre Priesterpflichten nur nachlässig wahrnehmen und der kirchlichen und zivilen Obrigkeit somit schmeicheln. Bekämpft wird gegenwärtig die katholische Kirche in Litauen mit den bereits in Rußland erprobten Methoden und man strebt dennoch, sie vor die Karren der Sowjetregierung zu spannen. Nachstehend die wichtigsten Methoden dieses Kampfes: Es werden zu hohen kirchlichen Ämtern nur Per-

sonen bestellt, die bereit sind, die Anweisungen der atheistischen Regierung auszuführen. So fährt beispielsweise der Rektor des Priesterseminars, H. H. Dr. V. Butkus, unter Vernachlässigung seiner eigentlichen Pflichten, zu politischen propagandistischen Zwecken zu den von Kommunisten organisierten Friedenskonferenzen. Unwahrhaftig über die gegenwärtige Lage der Kirche in Litauen wurde bei einem Besuch in den USA von dem Verwalter des Erzbistums Vilnius, Msgr. C. Krivaitis, berichtet, d. h. er erfüllte den Auftrag, den er vom Rat für Religionsangelegenheiten erhalten hatte. Versetzungen der Priester in einzelne Pfarreien werden so vorgenommen, daß die Gläubigen schlecht versorgt sind. Drei Monate lang konnte man keinen der Regierung genehmen Kandidaten finden, der für den verstorbenen Pfarrer der großen Pfarrei Alytus im Bistum Vilkaiviškis eingesetzt werden durfte. Schließlich wurde Priester L. Kavoliūnas hier zum Pfarrer ernannt, der jedoch einen sehr schwachen Gesundheitszustand hatte.

Der Apostolische Stuhl und die Welt werden über die wirkliche Lage der Kirche in Litauen nicht richtig informiert, sie werden getäuscht durch hochgestellte Geistliche Litauens, die sich in den Augen der Priester und Gläubigen dadurch kompromittieren. So ist es auch Msgr. C. Krivaitis, Msgr. Barauskas u. a. ergangen. Auch durch bischöfliche Rundschreiben kann der Apostolische Stuhl getäuscht werden. 1973 hat Bischof J. Labukas ein Rundschreiben herausgegeben, daß junge und eifrige Priester in große Pfarreien und alte Priester in kleine versetzt werden sollten. Man weiß aber in Litauen genau, daß ein Bischof keine Priester selbständig versetzen kann. Kurz nach diesem Rundschreiben wurde auf Verlangen der Regierung der junge und eifrige Pfarrer von Garliava, P. Dumbliauskas, in die kleine Gemeinde Šunskai versetzt, an seine Stelle trat ein älterer Priester, der sich in der Seelsorgearbeit noch nie hervorgetan hatte.

Aus propagandistischen Gründen ließ man einige Priester ins Ausland reisen. Sogar in diesem Heiligen Jahr 1975 hat nicht die kirchliche Obrigkeit, sondern der Rat für Religionsangelegenheiten die Pilgerfahrt nach Rom organisiert. Die Kandidaten wurden unter Mitwirkung von Beamten des Staatsicherheitsdienstes ausgesucht, dieser lud sie vor und ersuchte um das Ausfüllen der erforderlichen Formulare. K. Tumėnas, Bevollmächtigter des Rates für Religionsangelegenheiten, bestätigte dieses Verfahren. Als der Pfarrer von Krekenava, Prälat Dulksnys, erklärte, daß er nicht nach Rom fahren möchte, sagte K. Tumėnas zum Bischof von Panevėžys, R. Krikščiūnas: „Wenn er nicht fährt, wird er aus dem Amt des Pfarrers entlassen.“ Jedesmal erhalten die nach Rom reisenden Geistlichen ausführliche Instruktionen von der Regierung, und nach ihrer Rückkehr müssen sie schriftlich Bericht erstatten. Dieses bezeugt sehr deutlich der verstorbene Kanonikus J. Stankevičius in seinem Tagebuch *Mano gyvenimo kryžkelės* (Kreuzungen in meinem Leben): „... Wir sind einige Male in den Vatikan gefahren. Die Grundinstruktion ist folgende: Die ganze Angelegenheit muß so abgewik-

kelt werden, daß ein Nutzen für die Sowjetregierung dabei herauskommt, Schaden für die katholische Kirche ... Wir mußten jedesmal direkt oder indirekt nachweisen, welchen Nutzen wir für die Sowjetunion erzielt hatten und welchen Schaden wir der katholischen Kirche zugefügt hatten ... Den greifbaren Nutzen für die Sowjetunion hat man daraus ersehen und abgeleitet, wie schwer wir der katholischen Kirche geschadet hatten."

Die Priester der Pilgerfahrt 1975 behaupteten, sie hätten keinen Bericht an die Regierung geben müssen und einige von ihnen haben sogar den im Ausland lebenden Litauern zu beweisen versucht, daß in der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“ nicht die ganze Wahrheit geschrieben werde und daß wegen dieser Publikation sogar unbescholtene Priester Schwierigkeiten bekämen.

Um in der Welt den propagandistischen Eindruck von „Pressefreiheit“ zu erwecken, hat die Sowjetregierung in einer sehr kleinen Auflage für Katholiken *Vatikano Susirinkimo nutarimus* (Beschlüsse des Vatikanischen Konzils), *Apeigyra* (Zeremonienbuch), *Naujasji Testamenta* (Neues Testament) und *Psalmyna* (Psalmenbuch) herausgegeben. Aus den gleichen Gründen hat man einen großen Teil dieser Auflagen ins Ausland ausgeführt. Für die Katholiken wird nicht einmal ein Katechismus herausgegeben, und für private Herstellung von Katechismen wie auch Gebetbüchern werden die Gläubigen in Gefängnisse geworfen, z. B. Povilas Petronis, Jonas Stasaitis u. a.

Gegen Priester und Gläubige, die aktiv für die Belange der Kirche kämpfen, wird die Kirchenleitung zu negativen Äußerungen gezwungen. Die Bistumsverwalter Litauens haben 1972 auf Verlangen der Regierung ein Rundschreiben mit Verurteilung des Memorandums der 17 000 und deren Initiatoren erlassen, da hierin der Welt die Wahrheit über die wirkliche Lage der katholischen Kirche in Litauen aufgedeckt wurde. Teilweise hat die Seelsorgearbeit wegen der Glaubensverfolgung Katakombenstil angenommen, den die Sowjetregierung mit Recht als unkontrollierbar fürchtet. Je mehr die offizielle Tätigkeit der Kirche behindert wird, um so intensiver wird geheime Pastoration betrieben. Die von der Regierung beeinflussten Priester bemühen sich, die katakombenähnliche Seelsorgearbeit als schädigend und die Kircheneinheit wie auch die normalen Beziehungen zum Staat zerstörend hinzustellen. Würde sich die katholische Kirche nicht einer katakombenähnlichen Lage anpassen, wäre sie in der heutigen Zeit vom Schicksal der orthodoxen Kirche in Rußland bedroht, die in Erstickungsgefahr geraten ist. Die Sowjetregierung ist um Approbation des Apostolischen Stuhles für die Taktik der regierungshörigen Priester bemüht. Die Priester Litauens sind überzeugt, daß der Apostolische Stuhl allein aufgrund falscher Informationen nur der Regierung gegenüber nachgiebige Personen zu Monsignoren ernannt hat — Pfarrer P. Bakšys, Kanonikus Barauskas, Kanonikus C. Krivaitis u. a. So entwaffneten sie eifrige Priester psychologisch, die mit

ganzen Herzen der Kirche ergeben sind. In Presse, Rundfunk und Fernsehen, besonders in den für das Ausland bestimmten Kleinschriften, wie z. B. in J. Rimaitis *Religion in Lithuania*, ist sehr viel geschrieben von Gewissensfreiheit in Litauen, von Respektierung der Rechte der Gläubigen u. a., jedoch können heute nur Kolchosbauern und Arbeiter ungehindert religiöse Dienste in Anspruch nehmen. Intellektuelle dagegen werden von ihren Vorgesetzten oft in Privatgesprächen gewarnt, vom Kirchenbesuch Abstand zu nehmen, um keine Unannehmlichkeiten an ihrem Arbeitsplatz zu haben. So sind sie gezwungen, ihre Überzeugung zu verbergen und nur geheim ihre religiösen Verpflichtungen zu erfüllen. Ausländische Touristen sehen an den Kirchentüren keine Polizisten, die Gläubige am Beten hindern, denn das würde der kommunistischen Propaganda schaden. An Sonntagen jedoch und besonders an Feiertagen beobachten haupt- und nebenamtliche Regierungsagenten, als Gläubige getarnt, die betenden Menschen, hören die Predigten ab und bespitzeln Teilnehmer an Prozessionen, und dann geben die Partei und der Staatssicherheitsdienst den Dienststellenleitern Anweisungen, wer von den einzelnen Mitarbeitern noch eine Umerziehung nötig habe. Bei der Zerstörungsarbeit im Innern der Kirche schreckt die Regierung auch nicht vor den unmenschlichsten Mitteln zurück. Die Priester werden verleumdet, indem man ihnen unmögliche Verbrechen andichtet. Intellektuelle, die sich offen zu ihrem Glauben bekennen, besonders Lehrer, werden aus ihrem Dienst entlassen, z. B. die Lehrerinnen Frau O. Brilliene, Fräulein A. KezYTE u. a. Gläubige Schüler werden gezwungen, Mitglieder in den atheistischen Pionier- und Komsomol-Jugendorganisationen zu werden, und werden zu glaubenswidrigen Äußerungen veranlaßt. Das Priesterseminar wird derart verkleinert, daß jährlich weit über zehn Pfarreien in Litauen ohne Priester bleiben, denn jährlich sterben über 20 Priester. Die Aufnahme in das Priesterseminar wird von der Regierung nur auf zehn bis zwölf Jugendliche beschränkt. Gesunde und begabte Jugendliche werden zu den Seminaren nicht zugelassen, und die für Professoren- und Erzieherstellen geeignetsten Priester werden davon ferngehalten. Erschreckend sind Wohn- und Lebensverhältnisse der Kleriker, sie müssen Kellerräume als Kapellen benutzen, wo Luftmangel herrscht, obwohl dafür eine Domkapelle zur Verfügung stände, wenn die Regierung ihre Einwilligung geben würde. Durch die schlechten Wohnverhältnisse werden viele Kleriker gesundheitlich erheblich geschädigt. In absehbarer Zeit erwartet uns ein weiteres Schicksal, das der Weißrussen und auch der Ukraine. Hier haben fünf Millionen Katholiken des östlichen Ritus kein einziges offizielles Gotteshaus, keinen offiziellen Priester oder Bischof. Eine kleine Gruppe alter und kranker Priester ist in Weißrußland übriggeblieben. Zehntausende von Deutschen, Polen und Angehörigen anderer Nationen in Karaganda und anderen Gebieten in der Sowjetunion haben kein Recht, auch nur ein provisorisches Gebetshaus zu erstellen.

Touristen, die Rom besuchten, erklärten, daß die Würdenträger des Apostolischen Stuhles rieten, Konflikte mit der Sowjetregierung zu vermeiden. Wir wissen nicht, ob dies die Absicht des Apostolischen Stuhles ist, aber dann müßte man einen erheblichen Teil der Pastoration aufgeben, z. B. Katechismusunterricht für Kinder, und hiermit ständigen Gewissenskonflikten ausgesetzt sein, wenn man nur als Kultdiener fungiert, was die Regierung anstrebt.

Wir sind fest davon überzeugt, daß für die Menschen der westlichen Welt unsere Lebensverhältnisse nur schwer verständlich sind. Nur nach längerem Aufenthalt in unserem Land, besonders nach Eindrücken in Gefängnissen und Verhörräumen, durchschaut man die ganze Verschlagenheit der atheistischen Regierung. Wir sind fest überzeugt, daß der Apostolische Stuhl mit seiner diplomatischen Tätigkeit der verfolgten Kirche helfen möchte, aber wegen Unkenntnis der konkreten Verhältnisse können sich hierbei manchmal Vorteile für die Atheisten ergeben. Wir gestatten uns eine Warnung: „Glauben Sie nicht an Versprechungen der sowjetischen Regierung, denn sie werden nicht eingehalten. Schenken Sie denen kein Vertrauen, die offiziell aus der Sowjetunion anreisen, sie sind alle mehr oder weniger verpflichtet, Aufträge der Partei und des Staatssicherheitsdienstes zu erfüllen.“ Wir flehen zu Gott, er möge die Führung der Kirche vor dem Eindringen ihrer Feinde bewahren und auch vor der Zerstörungsarbeit von innen her. Wir wollen es einfach nicht glauben, daß unsere Atheisten sich mit Recht darüber freuen können, in der Kirchenführung ihnen ergebene Leute zu haben. Die gegenwärtige Kirchenverfolgung wird mit einem Schleier von Lug und Trug verdeckt, deshalb werden mit besonderer Grausamkeit diejenigen verfolgt, die diesen Vorhang der Lüge durch Offenlegung der Tatsachen, nämlich der Verfolgung der Gläubigen, zu öffnen versuchen. Petras Plumpa, Virgilijus Jaugelis, Juozas Gražys, Nijolė Sadūnaitė u. a. wurden wegen der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“ unter der Anschuldigung, sie hätten die Sowjetregierung geschmäht, hart bestraft. Als im Oktober dieses Jahres (1975) fünf spanische Terroristen exekutiert wurden, hat sich eine Protestwelle über die ganze Welt verbreitet, wenn aber Menschen für Wahrheit, Freiheit, für ihre Überzeugung und die Interessen der Kirche gefoltert werden, bleiben die Proteststimmen ganz schwach und schüchtern. Genau dies erstrebt die Regierung der Sowjetunion — im Schweigen der Nacht die Katholiken in Litauen zu ersticken. Wer heute uns und allen anderen helfen will, die in der Sowjetunion Wahrheit und Freiheit lieben, der muß mit allen Mitteln die Tatbestände der Verfolgung an die Öffentlichkeit bringen und den Schleier der Lüge herunterreißen, mit dem die Unterdrückung verdeckt wird. Wir, die Herausgeber der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“, bitten Eure Eminenz im Namen von vielen Priestern, Gläubigen und um ihres Glaubens willen Leidenden, übermitteln Sie an Kirche, Welt und alle Menschen guten Willens unseren Hilferuf.

Man sollte auch diejenigen nicht vergessen, die nach dem Beispiel von Plumpa, V. Jaugelis, P. Petronis, J. Gražys, N. Sadūnaite u. a. für die Rechte Gottes, für Kirche und Zukunft ihrer Landsleute den Kreuzweg in die Baracken des Archipel Gulag gewählt haben.

*Herausgeber der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“*

An das Akademiemitglied A. D. Sacharov

Sehr geehrter Herr Nobelpreisträger!

Am 9. Oktober hat uns die erfreuliche Nachricht erreicht, daß Ihnen der Nobelpreis verliehen wurde. Alle Menschen guten Gewissens in Litauen freuen sich herzlich mit Ihnen über diese große Auszeichnung, durch die Ihr Kampf für Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte jetzt endlich anerkannt wurde. Ebenso freuen wir uns, daß Sie unsere religiöse Verfolgung in Litauen nicht übersahen, es fand sich in Ihrer Großherzigkeit auch noch ein Plätzchen für unsere Nöte. Wengleich Sie auch in den öffentlichen Kritiken beschmutzt, gedemütigt und erniedrigt wurden, so sollen Sie doch wissen, daß Tausende von Litauern sich mit Ihnen solidarisch erklären. Ihre große Opferbereitschaft bedeutet für viele Menschen einen Ansporn zum Kampf für Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit, was in der freien Welt schon akzeptiert ist. Hochverehrter Herr Nobelpreisträger, wir glauben, daß Ihre und des Schriftstellers Solzenicyn Ansichten und Ihr Eintreten dafür allen Völkern einen Weg zu einer lichten Zukunft weisen wird.

20. Oktober 1975

*Die Litauer*

*Briefe und Darlegungen*

An das Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei

Dieser Brief sollte keine Überraschung für Sie sein. Ich bin Schriftsteller, Übersetzer und Literaturforscher. Auf all diesen Gebieten habe ich mich voll eingesetzt und denke, daß ich meinem Volke und dem Vaterland auch einigen Nutzen gebracht und mir somit mein Brot redlich verdient habe. Meiner Ansicht nach ist es noch zu wenig gewesen. Ich hätte mehr erreichen können, aber es ist nicht meine Schuld. Mein Vater Antanas Venclova war ein überzeugter Kommunist. Ich habe ihn verehrt und verehere ihn auch heute als einen wertvollen Menschen. Die Treue zum Prinzip habe ich von ihm gelernt. Aber noch im jugendlichen Alter studierte ich den Verlauf die-

ses Lebens und nahm auch daran zur Genüge teil. Dabei entwickelten sich meine Anschauungen entgegengesetzt zu denen meines Vaters. Die Richtigkeit meiner Entwicklung hat sich dann später bestätigt. Meinem Vater und anderen war dies kein Geheimnis. Ich bin weit entfernt von der kommunistischen Ideologie. Meiner Ansicht nach enthält diese in großen Teilen Fehler. Dieses absolute Herrschertum brachte unserem Vaterland nur Unglück. Die gesamte Gemeinschaft wird in die Stagnation geschoben und das Land selbst ist rückständig. Dieses System führt nicht nur zur Vernichtung der Kultur, langfristig kann es eine Gefahr für das Land selber sein, wenn solche Methoden angewandt werden. Leider kann ich hier nichts verändern, auch dann nicht, wenn ich diese Macht besäße, wie Sie sie haben. Jedoch bin ich verpflichtet, öffentlich meine Ansichten und Feststellungen kundzutun. Es ist wenigstens etwas. Lange habe ich mich mit diesen meinen Anschauungen zurückgehalten, sagte nichts, schrieb nichts und widersetzte mich auch nicht diesen Machenschaften. Die kommunistische Ideologie sehe ich sehr ernst und deshalb bin ich weder mechanisch, noch betrügerisch mit der Wiederholung dieser Formeln einverstanden, obwohl ich mir hiermit eine Diskriminierung erwirken kann, was ich in meinem Leben schon zur Genüge verspürt habe.

In meinem Land sind mir die Möglichkeiten zu großen gemeinschaftlichen pädagogischen und kulturellen Werken entzogen worden. Jeder human denkende Mensch muß eine gewisse Loyalität für die herrschende Ideologie aufbringen, um seiner Arbeit nachgehen zu können. Karrieremachern fällt dies leicht. Denjenigen, die vom Marxismus überzeugt sind, fällt es auch nicht schwer. (Obwohl diese Prozedur schon erniedrigend und ekelreggend erscheint.) Für mich ist dieses alles undenkbar. Leider kann ich nicht in die Schublade schreiben, denn ich suche Kontakt mit dem Auditorium und werde ihn mit allen Mitteln zu erreichen versuchen. Ein anderes Interesse außer für literarische und kulturelle Werke könnte ich nicht aufbringen. Aber die Möglichkeit für eine kulturelle Tätigkeit wird für mich immer geringer und meine Existenz in diesem Land wird immer fragwürdiger. All dieses, was hier von mir niedergeschrieben ist, betrifft auch meine Frau, die ihren Beruf als Theaterregisseurin ausübt, d. h. im kulturellen Bereich. Angesichts der Deklaration für allgemeine Menschenrechte und der festgelegten Grundgesetze bitte ich für mich und meine Familie um Ausreisegenehmigung aus der Sowjetunion in die freie Welt. Die meinem Freund Jonas Jurasas u. a. erteilten Genehmigungen zeigen, daß dies nicht unmöglich ist. Da meine Frau Jüdin ist, können wir nach Israel ausreisen. Diese Entscheidung ist endgültig. Weiterhin bitte ich, meine Familienmitglieder, die andere Ansichten als ich vertreten und die in Litauen weiterhin leben möchten, nicht zu diskriminieren.

11. Mai 1975

*T.Venclova*

Am 23. Dezember 1975 fanden in Vilnius, Kaunas und anderen litauischen Städten Hausdurchsuchungen statt. Unter anderem wurden beim langjährigen politischen Häftling Kestutis Jokubynas Hausdurchsuchungen durchgeführt. Eine gewisse Zeit danach reichte Kestutis Jokubynas ein Gesuch bei der Regierung ein und bat um Ausreisegenehmigung aus der Sowjetunion. Die Visabehörden nahmen seine Papiere nicht an, weil bei ihnen hier ein Vermerk eingetragen war (gemäß Paßstatuts). Das Innenministerium hat diese Absage bestätigt. Danach schrieb K. Jokubynas einen offenen Brief an die höchste Instanz der Regierungsorgane der Sowjetunion. Er schrieb an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets; innerhalb von zwei Monaten bekam er eine negative Antwort.

Um die Emigration wie K. Jokubynas bemühte sich ebenfalls der Universitätsprofessor an der Sorbona, Schriftsteller A. Siniavskij. Nachstehend veröffentlichen wir das Schreiben K. Jokubynas an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, N. V. Podgorny.

Kestutis Jokubynas, geb. 1930, ist wohnhaft in Vilnius in der V. Putnosstraße Nr. 10, Wohngemeinschaft 125 K, und tätig als Leiter in der technisch-pädagogischen Bibliothek der Litauischen SSR.

### *Offener Brief*

Als 17jähriger Gymnasiast hatte ich mich in den Nachkriegsjahren einer aufständischen Gruppe angeschlossen, die über ganz Litauen verstreut gegen die sowjetische Besatzungsmacht Widerstand ausübte. 1948 begann ich an der Universität in Vilnius zu studieren, kurz darauf wurde ich verhaftet wegen Herausgabe und Redaktionsarbeit an einigen Schreibmaschinenblättern einer Untergrundzeitung. (Es hieß: wegen der Teilnahme an anti-sowjetischer nationalistischer Organisation.) Mit Wirkung OSO wurde ich zu zehn Jahren Besserungsstraflager verurteilt. Man benachrichtigte bald darauf meine Eltern, daß sie lebenslänglich nach Sibirien ausgewiesen würden. Als Grund wurde angegeben, daß ein Sohn zu zehn Jahren Haft verurteilt sei und es unbekannt sei, wo der zweite Sohn sich aufhalte. (Mein Bruder ist 1944 nach Deutschland zur Zwangsarbeit abgeholt worden, später stellte sich aus Briefen heraus, daß er nach Kanada ausgewandert sei, wo er auch heute noch lebt.) Meine Eltern waren keine reichen Bauern, hielten sich immer abseits der Politik und lebten in Litauen fern von mir, nichts ahnend von meinem Handeln. Ohne Rücksicht hierauf, gab man ihnen nur zwei Stunden Zeit zum Packen ihrer Sachen. Sie wurden in Viehwagen ins sibirische Gebiet Krasnojarsk abtransportiert. Mich selbst brachte man in den Norden, und zwar in das Städtchen Ibtos. Sieben Jahre verbrachte ich dort im Speziallager, dort reifte ich heran, wuchs auf, machte Bekanntschaft mit Leben und Tod. Laut Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets wurde

ich 1954 frühzeitig entlassen, weil ich z. Z. des Vergehens noch nicht volljährig war. Meinen Paß bekam ich mit einem Paß-Status. Auch heute noch wird dieser sogenannte Paß-Status bei Personen eingetragen, die als staatsfeindlich gelten und für Vergehen gegen den Staat verurteilt wurden. Dieser Status verbietet den längeren Aufenthalt in Großstädten und erlaubt nicht, sich dort niederzulassen, außerdem bestimmt er weitere Einschränkungen. Aus dem Norden fuhr ich zu meinen Eltern nach Sibirien, wohin sie damals zwangsvertrieben waren. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in dem winzigen Ort in Sibirien waren nicht beneidenswert, besonders für mich als früheren politischen Sträfling. Es erwartet diese auch hier eine andauernde Überwachung. Die Bewegungsfreiheit ist gehemmt. Bei angespannter harter Arbeit mit laufenden Überstunden, versuchte ich meine Existenz zu erhalten und wurde zu einem stillen und unscheinbaren Menschen. Aber all dies bewahrte mich nicht vor den Argusaugen des KGB, bewahrte mich auch nicht vor Verdächtigungen und weiteren Formen der Diskriminierung. Immer öfter kam mir der Gedanke, daß es einem früheren Häftling unmöglich sei, sich von diesen Fesseln zu lösen. Als einzige Ausweichmöglichkeit blieb, dieses Land zu verlassen. 1956 häuften sich dann die täglichen Unwahrheiten aufeinander, bis dann der KGB beschloß, mich als Spitzel anzuwerben. Des öfteren wurde ich diesbezüglich bedroht und immer wieder zu Gesprächen aufgefordert. Sie belangten mich mit provokatorischen Beschuldigungen. Legal aus dem Lande auszureisen wäre damals unmöglich gewesen. Ja, sogar solche Gedanken zu hegen, war schon ein Vergehen. Nun wartete ich auf einen günstigen Augenblick, auf den Schiffsverkehr auf dem Flusse Jenisej. Am 8. August 1957 beschloß ich, das Wagnis zu riskieren und mich auf ein ausländisches Schiff zu schmuggeln. In der Nähe eines Ausländers (den ich an der Kleidung erkannte), es war der Mechaniker des griechischen Schiffes „Anoula“, den ich ansprach und ihn um Hilfe bat, ging in einiger Entfernung ein KGB-Agent in ausländischen Kleidern, der mich beobachtete und dann auch verhaftete. In dem Jahr der quälenden Verhöre wurde mir immer wieder unterstellt, daß ich zur englischen Agentengruppe gehöre. Der einschlägige Beweis hierfür wäre der, daß ich die englische Sprache beherrsche, auch besäße ich einige Briefe von einem Freund, der mit mir im Lager war. Ich korrespondierte mit ihm, er war Engländer. Diese Spionagegeschichte war an das Oberste Sowjetgericht abgegeben worden. Von dort aus kam die Anzeige an das Gericht in den Kreis Krasnojarsk mit verändertem Text. Auf einer nicht öffentlichen Verhandlung wurde ich wegen eines Fluchtversuches aus der Sowjetunion und als gemeingefährliche Person zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Zum zweiten Mal kam ich ins Lager Königreich, wo ich keine wesentlichen Veränderungen vorfand (trotz Machtwechsels). Ebensowenig und schlechtes Essen, noch strengeres Regime, verschärfte Bewachung gegenüber der Zeit Stalins. Bei meiner Wanderung von Lager zu Lager erinnerte

ich mich an die Vergangenheit, überdachte die Gegenwart und hatte mir nichts vorzuwerfen. Ich kam zu der Überzeugung, daß alle meine grundsätzlichen Entschlüsse ihre Richtigkeit hatten. Ich sah keinen Grund, mein Handeln zu bereuen, obwohl die Lagerleitung mich in der letzten Zeit dazu zwingen wollte. Ich habe nur versucht, die Menschenwürde zu wahren, und jede freie Minute benutzte ich dazu, mich weiterzubilden in Elektrotechnik und in Sprachen. Nach einer zehnjährigen Haft brauchte ich auf nichts Erfreuliches mehr zu warten und es wunderten mich auch deshalb nicht mehr die Schwierigkeiten, die jenseits des Lagertors auf mich zukamen. Nach einigen Versuchen, nach der Entlassung hier Fuß zu fassen, kehrte ich in meine Heimatstadt Vilnius zurück, die ich vor 20 Jahren zwangsweise verlassen mußte. Meine Sprach- und technischen Kenntnisse erwiesen sich als nützlich in der Bibliothek der Technischen Fachliteratur (ausländische Abteilung). Es wurde hier ein Informationsstand gegründet und man stellte mich als Bibliothekar ein. Gleichzeitig nahm ich am Fernunterricht an der Universität in Vilnius teil. 1974 beendete ich dieses Studium. Wie auch früher verhielt ich mich still und zurückgezogen, auch umgeben von Menschen, die sich ebenso verhielten.

Es half aber alles nichts, mich vor dem allmächtigen KGB zu verstecken. Ihre Augen verfolgten mich nicht nur bis zum Tor der Universität, auch in den Brotladen, ganz zu schweigen von weiter entfernten Reisen. All dies erinnerte mich immer wieder an mein Leben im Arbeitslager. Es scheint so, als ob eben erst die Tore geöffnet wurden und nur die Tagesordnung anders verlaufe. Anstelle der Bewacher im Lager verfolgen meine Spuren die Agenten. (So ist es auch klar, daß bei den Verhören jeder meiner Schritte bekannt war.) Mein Schicksal hängt sehr von den Launen und der „Un- oder Zuverlässigkeit“ meiner Bewacher ab, denn danach werden Entscheidungen von den Zuständigen getroffen. Ganz neue Fakten zeigten dies, als in der Universität Vilnius am 23. Dezember 1974 eine Konferenz abgehalten wurde. Das Thema lautete: „Revolution in der Bibliothek für Technische Fachliteratur in diesem Jahrhundert“. Hierzu war auch ich eingeladen. Drei Minuten vor der Eröffnung kam eine Person in Zivil zum Organisator der Konferenz, D. Wladimirow, zeigte seinen Ausweis und verlangte von ihm, mich aus dem Saal zu holen. Die mir schon sehr bekannten Sätze fielen: „Kommen Sie mit.“ Im KGB-Auto brachte man mich nach Hause, wo schon weitere Beamte warteten, die in der Gemeinschaftswohnung eine Durchsuchung durchführen wollten. Sechs Personen durchsuchten mein Zimmer auf Befehl von Unteroberst Kowalow. Drei Stunden versuchten sie auf 6 qm etwas zu finden. Laut Beschluß suchten sie bei mir verleumderisches antisowjetisches Material für die Akte Nr. 345. Wie sich später aus Gesprächen mit dem KGB herausstellte, suchten sie den Herausgeber der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“ und anderer Literatur. Da sie nichts dergleichen fanden, nahmen sie meinen Gummianzug mit, den ich zum

Angeln gekauft hatte. Sie stellten sich vor, daß ich mit diesem Anzug getarnt über die Grenze kommen könnte. Später bei den Verhören verlangte der KGB von mir eine Aussage gegen meine Freunde in Litauen und Moskau. Genauso wie früher wollten sie mich zwingen, eine von ihnen zusammengesetzte Aussage zu unterschreiben und ich sollte Stillschweigen über diese Verhöre wahren. Ich weigerte mich. Dieses Beispiel, das sich immer wiederholen kann, zeugt nur zu einem kleinen Teil von dieser verlogenen Atmosphäre, mit welcher man ewig leben muß, still, zurückgezogen, aber auf der schwarzen Liste des KGB. Ich bin 44 Jahre alt, 17 Jahre hiervon verlebte ich in Lagern und Gefängnissen. Bestätigt kann dies auch von denjenigen werden, die ebenfalls diese Verhältnisse kennengelernt und erlebt haben, was man alles ertragen muß. Ich habe keine Familie gegründet, weil ich nicht möchte, daß sie wegen meiner Vergangenheit zu leiden hätte. Auch habe ich keinen Reichtum erworben, denn für meine Arbeit bezahlte man mir ein Minimum. Abgesehen von den letzten sieben Jahren, habe ich nicht einmal ein Heim gehabt, da ich immer wieder von den Wohnungsämtern zum Narren gehalten wurde (was auch ein Verdienst des KGB ist). Wegen meiner Vergangenheit habe ich Recht und Anspruch auf alles, was ein normaler Mensch beanspruchen kann, verloren. Bürgern anderer Länder erscheint dies vielleicht nicht so wichtig. Ebenso habe ich kein Recht auf ein Wiedersehen mit Verwandten jenseits der Grenzen. Ein hoher Funktionär des KGB erklärte mir mit Ironie, daß keine Rede davon sein könne, über die Grenze zu fahren, schon gar nicht wie ich es dächte. Hier kann man wieder die Worte benutzen, die von denen gesprochen sind, die in Lagern gehalten werden: Das Leben erweist sich als ein gewaltiger Spalt, den man nicht überspringen kann, und zwar weil Moskau niemandem verzeiht, der einmal gegen seinen Strich gearbeitet hat. Ich habe keine Zukunftsperspektiven und so versuche ich, auf legalem Wege die Sowjetunion zu verlassen. Mein Bruder in Kanada hat einen Antrag gestellt, ich könnte zu ihm fahren, ebenso gewähren meine Freunde in Israel mir Asyl.

Am 29. Januar 1975 reichte ich ein Gesuch dem Außenministerium in Vilnius ein, aber leider weigerten sich die Angestellten, mein Gesuch anzunehmen, da in meinem Paß ein Vermerk enthalten ist. Ja, wegen dieses Vermerkes will ich doch die Ausreise aus der Sowjetunion erwirken, weil ich in diesem Land mit diesem Vermerk keine Rechte wie ein normaler Bürger habe. Warum werde ich hier zwangsweise festgehalten. Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land zu verlassen, auch sein Vaterland, genauso hat er das Recht, wieder zurückzukehren. Dieses besagt die allgemeine Deklaration für Menschenrechte. Die Sowjetunion unterschrieb ebenfalls diese Deklaration. Ich bitte Sie, den entsprechenden Instanzen die Anweisungen zu geben, daß mir die Genehmigung zur Ausreise aus der Sowjetunion erteilt wird.

Vilnius, 19. Februar 1975

*K. Jokubynas*

An Leonid Breznev, den Generalsekretär des Zentralkomitees der KP  
Durchschrift an: den Bevollmächtigten in Religionsangelegenheiten im  
Ministerrat der UdSSR und für die Litauische SSR;  
das Präsidium des Obersten Sowjets der Litauischen SSR  
und die Kurie des Erzbistums von Vilnius

### E i n g a b e

des Komitees der Pfarrei von Ignalina.

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten wir, die Gläubigen der Stadt Ignalina, mit dem Bau einer neuen Kirche begonnen. Die Gottesdienste wurden in der Zeit in einem Privathaus abgehalten. Während des Krieges war es nicht mehr möglich, die Kirche zu Ende zu bauen, es fehlte das Dach ... Nach Kriegsende wurde durch die Regierung das noch vorhandene Material und sogar die Kirche beschlagnahmt. Die Regierung gab uns das Versprechen, die Kirche fertigzustellen, also das Dach noch zu decken, wir sollten dagegen die Arbeiter hierfür entlohnen. Als nun die Kirche endlich fertig war, wurde sie nicht an uns übergeben, sondern es wurde eine Stadthalle aus ihr gemacht. Verschiedene kulturelle Veranstaltungen sollten hier stattfinden. 1971 erfuhren wir, daß in unserer Stadt Ignalina eine neue Stadthalle gebaut werden sollte. Jetzt wandten wir uns zum zweitenmal an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Stadt Ignalina, A. Vaitonis, mit der Bitte, uns nun unsere Kirche wieder zur Verfügung zu stellen. Dieser Mann antwortete uns ziemlich barsch: „Nichts wird daraus, die Kirche bleibt für die Zwecke reserviert, für die sie bisher benutzt wurde, mit Euren Wünschen hättet Ihr 1950 an uns herantreten müssen, damals wäre es möglich gewesen, Euch die Kirche zu überlassen. Jetzt ist es zu spät. Laut Beschluß des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Kreises, A. Gudukienė, wird das Gebäude für kulturelle Zwecke benötigt.“

Weiterhin antwortete man uns auf unsere Bedenken, daß die Kirche doch wohl kein geeigneter Platz für derartige Veranstaltungen sei, mit den Worten: „Dies ist doch kein Argument.“ Wir wandten noch ein, daß doch auch die Säulen für kulturelle Veranstaltungen störend seien. Dies sei richtig, sagte man uns, aber es seien keine Mittel vorhanden, um ein neues Kulturhaus zu bauen, im Fünfjahresplan sei ein solcher Bau nicht geplant. Wir reichten im selben Jahr noch zwei weitere Gesuche ein, an den Obersten Sowjet der Litauischen SSR und an den Sekretär der Litauischen Kommunistischen Partei. Von diesen Gesuchen sandten wir Abschriften an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der LSSR und an den Stellvertreter des Beauftragten des Rates für Religionsangelegenheiten der

LSSR. Unser erstes Gesuch unterschrieb nur ein Teil der Gläubigen aus unserer Gemeinde, 1026 Personen. Auf unser Gesuch hat nicht eine der angeschriebenen Personen geantwortet. Als wir dann unser zweites Gesuch dem Beauftragten für Religionsangelegenheiten des Ministerrats der Litauischen SSR, dem Herrn Rugenis, persönlich abgaben, beschimpfte man uns als Saboteure und riet uns, nicht weiter wegen dieser Angelegenheit vorzusprechen, da wir hierbei keinen Erfolg haben würden, denn wenn man uns diese Bitte erfüllen würde, kämen wir bald mit weiteren Forderungen. Man empfing uns hier auch sehr unhöflich, laufend wurden wir angeschrien. Es verging eine gewisse Zeit, dann besuchte unsere Stadt eine Person und verlangte unseren 80jährigen Vorsitzenden des Kirchenkomitees zu sprechen. Er wurde zu einer Aussprache vorgeladen. Unsere Kirche wurde von diesem Fremden von außen besichtigt, mit Schritten vermessen und er bemerkte, daß die Kirche groß genug sei. Wir erfuhren später, daß dieser Mann der Bevollmächtigte für Religionsangelegenheiten im Ministerrat der LSSR war. Nach diesem Besuch des Vertreters der Regierung erklärte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Exekutivkomitees, Ignalina, daß unser Gesuch, die Kirche wieder als Gotteshaus zu benutzen, abgelehnt sei. Schriftlich bekamen wir diese Absage jedoch nicht zugestellt. „Es hindert Euch ja niemand am Beten in Eurer provisorischen Kirche, denn dort ist Platz genug vorhanden, Eure Kirche ist für andere Zwecke bestimmt, die gibt Euch niemand zurück, wir benötigen sie für kulturelle Veranstaltungen“, bekamen wir zur Antwort. Dies ist eine furchtbare Verhöhnung aller Gläubigen. Am Beten werden wir nicht gehindert, aber was machen die Atheisten?

Der Verwalter der Stadthalle warf einen Stein ins Fenster, während wir unseren Gottesdienst abhielten, ganz zu schweigen von der Musik, dem lauten Orchester, den Veranstaltungen, die neben der Kirche stattfinden, und zwar zur gleichen Zeit, während wir unseren Gottesdienst abhalten. Unsere Kirche (die provisorische) ist sechs Meter von der eigentlichen Kirche entfernt (die als Stadthalle dient). Platz genug hätten wir in dieser provisorischen Kirche, behaupten diejenigen, die uns unsere Kirche, die wir gebaut haben, nicht zurückgeben wollen. Die provisorische Kirche ist ein einfaches Haus von insgesamt 100 qm Fläche, Nutzfläche etwa 70 qm. Heute hat Ignalina über 4000 Einwohner, die zum großen Teil katholisch sind. Auch ist Ignalina Kreisstadt. Hierher kommen die Gläubigen aus vielen Gemeinden an Sonn- und Feiertagen, um dem Gottesdienst beizuwohnen. Ignalina ist Kurort, und rund um die Stadt erholen sich Tausende aus vielen großen Städten wie Leningrad, Moskau, ja von ganz Rußland. Viele Kurgäste, Touristen und Urlauber besuchen unsere Gottesdienste hier. Wie sollen und können all diese Menschen Platz finden bei nur etwa 200—250 Plätzen. Mit Recht sprechen die Touristen von der Stadt Ignalina, wo Gläubige diskriminiert werden und wundern sich, daß in solch einer Stadt

mit so vielen Gläubigen keine richtige Kirche für Gottesdienste zur Verfügung steht. Die Leute sind gezwungen, während des Gottesdienstes auf der Straße zu stehen, auch bei schlechtem Wetter, weil die Kirche einfach zu klein ist. Im Winter ist es in der provisorischen Kirche sehr feucht und stickig. Es wird heute zielstrebig auf den Frieden zugesteuert, ebenso auf die Zusammenarbeit und das Verständnis aller Völker der Erde. In Helsinki sind Verträge zur Sicherung des Friedens und für die europäische Gemeinschaft und Freundschaft unterschrieben worden. Auch die Sowjetunion war zugegen, für sie unterschrieb der Erste Generalsekretär. Hat nun die Sowjetunion die internationalen Pflichten übernommen? Die Verfassung dieses Landes räumt dem Glauben ein Recht ein, dann müssen auch die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb pocht die Stadt Ignalina auf ihr Recht, auf ihre Kirche. In diesem Jahr wird in Ignalina ein Kulturzentrum gebaut und nur verschiedene Verschönerungen und Verbesserungen sind noch zu beenden. Hiermit ersuchen wir Sie, die von uns erbaute Kirche wieder für den Zweck, für den sie bestimmt ist, an die Gläubigen abzutreten. Die früher eingereichten Bittschriften an die Regierung der LSSR waren von über 1000 Gläubigen unterschrieben. Für diese Unterzeichnung waren die Gläubigen verschiedenen Repressalien ausgesetzt, und deshalb unterschreiben wir diesmal nur als Mitglieder des Kirchenkomitees. Wir bitten nochmals, den Gläubigen von Ignalina zu helfen, die ihnen zustehende und von ihnen auch erbaute Kirche an sie abzutreten.

Ignalina, 10. September 1975.

Diese Bittschrift haben 19 Mitglieder des Kirchenkomitees unterschrieben.

### *Der Kummer von Vidmantas Povilionis*

V. Povilionis und Š. Zukauskas wurden 1973 wegen antisowjetischer Handlungen zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt. Am 27. März 1975 aus dem Lager entlassen, verlangte Povilionis sein Eigentum zurück, das ihm bei seiner Verhaftung abgenommen wurde. Es stellte sich heraus, daß seine Uhr verschwunden war. Daraufhin schrieb er eine Anzeige an den Staatsanwalt der Mordavischen SSR und erklärte, er werde einen Hungerstreik beginnen. Man sperrte ihn in eine Kammer und hielt ihn noch fünf Stunden fest, obwohl er bereits entlassen werden sollte. V. Povilionis erhielt nirgendwo bei den Einwohnermeldeämtern eine Zuzugsgenehmigung, da sein Soldbuch verlorenging als man bei ihm eine Hausdurchsuchung vornahm. Auf der Militärdienststelle erklärte man ihm, daß nicht sie dieses Soldbuch zu finden hätten, sondern er. Povilionis schrieb eine Anzeige an das Kommissariat, wo dann plötzlich sein Soldbuch auftauchte. Als V. Povilionis

auf dem Kommissariat litauisch sprach, sagte Major Lusninas, er sei wohl im Lager noch nicht geheilt worden.

V. Povilionis suchte nach einer Arbeit auf seinem früheren Arbeitsplatz, dem Institut der Forschung und Entwicklung für Butter und Käse. Er arbeitete damals in einer Filiale. Direktor Veitkus erklärte ihm, daß es keine freie Arbeitsstelle gäbe und im übrigen sei auf Leute wie er kein Verlaß. Povilionis erfuhr von einigen früheren Kollegen, daß genügend Arbeitsplätze frei seien.

In einem Reisebüro wurden Reiseleiter gesucht. Povilionis sprach hier vor und wollte sich bewerben. Die Sekretärin der Parteiorganisation erklärte, daß sie erst in Vilnius anfragen müsse, ob er hier eingestellt werden könne. Nach einigen Tagen erklärte ihm dann Grigiene, daß der Direktor des Reisebüros, Siauciukmas, ihn auf keinen Fall einstellen würde, ja davon könne gar nicht die Rede sein. Die Sekretärin erklärte, daß man Leute, die aus Ausnüchterungszellen kämen, nicht einstelle, geschweige denn solche, die aus dem Gefängnis kämen. V. Povilionis erwiderte, er käme ja nicht aus der Ausnüchterungszelle. „Um so schlimmer“, antwortete die Sekretärin.

#### *An den Staatsanwalt der Litauischen SSR*

Bürger Vidmantas Povilionis, Sohn des Jonas, wohnhaft Kaunas, Basanavicus-Allee Nr. 40/1.

Am 5. August 1975 um 15.30 Uhr wurde ich vom KGB-Beamten Aleinikov in meiner Wohnung verhaftet und wurde unter Bewachung zum Polizeipräsidium Kaunas, Stadtbezirk Lenin, gebracht. Hier erklärte Aleinikov, daß ich sicherlich keiner Tätigkeit nachginge und deshalb eine schriftliche Erklärung abgeben müsse, in welcher ich Fragen nach Arbeitgeber und Arbeitsplatz beantworten solle. Ich mußte dann warten, da noch der Chef dieser Polizeibehörde mit mir reden wollte. Nachdem ich eine Begründung für meine Verhaftung verlangt hatte, da meine Festnahme nicht öffentlich bekanntgegeben war, sperrte man mich in eine Zelle zusammen mit kriminellen Häftlingen ein. Ungefähr zwei Stunden später führte man mich in einen Raum, in dem bereits Aleinikov und ein Polizeimajor warteten. Anstatt meinen Gruß zu erwidern, überfielen sie mich mit den Worten: „Warum grinst du?“, obwohl mir bestimmt nicht zum Lachen zumute war. Mindestens dreimal beschimpfte man mich und dann setzte ein Verhör ein. Man fragte mich noch einmal dasselbe, was vor drei Stunden Aleinikov schon aufgezeichnet hatte. Aus den Fragen dieses Majors hörte ich heraus, daß er nicht informiert war, was überhaupt vorlag. Doch verstand ich sehr gut, daß er für meine Verhaftung verantwortlich war.

Zur selben Zeit spielte Aleinikov die Rolle des Beobachters. Auf meine

Frage, warum man mich nicht aufs Präsidium geladen habe, sondern unter Zwang hergeführt hätte, antwortete man mir, daß ich schon einige Male eine Vorladung zugestellt bekommen hätte, es sei aber niemand zu Hause gewesen. Mein Vater, der mit mir zusammen wohnt und nie das Haus verläßt, hat nie eine Vorladung oder ähnliches erhalten oder gesehen. Nach diesem Gespräch erklärte man mir, daß ich entlassen sei. Eine Verhaftung ohne irgendeinen Grund spricht gegen das Recht. Zu Hause angekommen, fand ich die Tür zur Veranda offen und das Schloß der Wohnzimmertür war beschädigt. Hier erkannte man einen Einbruch mit Schlosserwerkzeugen. Die Schlösser vom Haupteingang waren ebenfalls beschädigt. Ich rief die Polizei, und wen sah ich, einen Leutnant, der bei meiner Verhaftung zugegen war, ersichtlich verlegen. Die Beamten machten keine gründlichen Beweisaufnahmen, nahmen auch keine Fingerabdrücke, und dieser Offizier gab Anweisung, die Tür aufzubrechen, da sie mit dem Schlüssel nicht zu öffnen war. Er selbst ging auf die Straße, um zu rauchen. Er fragte mich, als er wiederkam, was gestohlen sei. Ich antwortete, daß nichts entwendet sei. Die Beamten schrieben eine Erklärung, daß ich gegen sie nichts einzuwenden hätte. Ich fragte, ob denn nach dem Täter gefahndet werde. „Vielleicht“, war die Antwort. Solch eine Beweisaufnahme bringt der Polizei keine Ehre ein, sie zeigt nur, daß sie nicht fähig ist, ihre Tätigkeit ordnungsgemäß auszuüben. Verwunderlich ist auch die Tatsache, daß die oben genannte Behörde und andere staatliche Organe, bürokratische Gangster, viel Zeit für solche Angelegenheiten haben. Am 20. März 1975 wurde mein Vater Jonas Povilionis aufs Sozialamt Kaunas geladen. Ohne Grund wurde er vier Stunden festgehalten und als er zu Hause ankam, hatte das gleiche Theater stattgefunden wie bei mir. Die Schlösser der Türen waren alle beschädigt. Die Polizei hat bis heute keine Schuldigen gefunden. Bei meiner Verhaftung sprachen zwei Beamte mit Aleinikov und in drei Stunden brachten sie es fertig, vier Schlösser kaputtzumachen. Ich will nicht behaupten, daß Diebe evtl. von dem KGB und den Polizeibehörden von bevorstehenden Verhaftungen informiert werden und daß sie dann zu Werke gehen. Es müßte so allein ein Zufall sein. Ich bitte um drastische Maßnahmen, damit solche Vorfälle schnellstens geklärt werden.

Kaunas, 21. August 1975

V. *Povilionis*

Der „Chronik der Litauischen Katholischen Kirche“ sind viele gleichartige Fälle bekannt, in denen ebenfalls Beamte des KGB als Einbrecher in die Wohnungen eingedrungen sind, bei Bürgern, die ihnen politisch verdächtig erschienen, um so ungestört ihre Hausdurchsuchungen vornehmen zu können.

Am 24. August 1975 starb Pfarrer Vincentas Gelgota aus der Gemeinde Skardupai. In der Vergangenheit war dieser Pfarrer als „besonderer politischer Verbrecher“ verurteilt worden. Nach der Strafverbüßung wurde er rehabilitiert, aber die sowjetische Presse fand immer wieder einen Grund, ihn zu beschmutzen.

1967 gab die Druckerei „Mintis“ in Vilnius eine Broschüre von Vytautas Denas heraus mit dem Titel *Ir mirdami Kovoja* (Und sterbend kämpften sie). In einer Broschüre mit dem Titel *Juzelė atėjo* (Juzele kommt) wird beschrieben, wie Pfarrer V. Gelgota die sowjetische Mitarbeiterin Juzelė ermordet habe. Diese lebte im Kreis Šakiai im Ort Žvirgždaičiai.

Szene: Eine Maske mit einem schwarzen Bart bückt sich zu ihr und spricht, immer mehr zu ihr herannahend, Haß in den heißglühenden Augen — irgendwie bekannte Augen. Die Hand mit dem Revolver erhebt sich und zielt auf die Brust. „Sie sollen verdammt sein, diese Kriechtiere! Erdrücken sollte euch die Hand des Vaterlandes, wie Seifenblasen ...“ „Verdammt sagst du“, sprach sie ängstlich. „Ho, ho, ho, verdammen tu nur ich“, flüstert die Stimme, und die linke Hand lüftet die Maske, „hast du verstanden?“ „Ich verstehe“, flüstert sie mit leiser Stimme, „Pfarrer Gelgota.“ Ein Schuß peitscht, ein zweiter, dritter und treffen das Opfer schon im Umfallen auf der Mitte der Bühne. (So wurde diese Szene gespielt, verleumderisch, gemein, gegen Pfarrer Gelgota.)

Nachstehend einige Berichte aus dem Archiv von Pfarrer Gelgota.

An den Direktor des staatlichen Verlages „Vaizdas“ der Stadt Vilnius

*Gesuch von Pfarrer Gelgota, Skardupai, Kreis Meškučiai, Rayon Kapsukas*

Ihr Verlag hat 1967 eine Broschüre, von Vytautas Dena verfaßt, herausgegeben. Sie hatte den Titel *Ir mirdami Kovoja* (Und sterbend kämpften sie). Die Nummer der Herausgabe ist 9707. Hier schreibt man über mich eine mich tief schmerzende Unwahrheit. Deshalb möchte ich mich hiergegen energisch verwehren und verlange schnellstens Widerlegung dieser infamen Lügen, andernfalls ich mich an das Gericht mit einer Anzeige wenden werde. ... Auf Seite 69 dieser Schrift bezichtigt man mich eines Mordes. Dies ist eine gemeine Verleumdung. Kann man einem Menschen einen so großen Schmerz zufügen? Ich verlange nochmals eindringlich eine Widerlegung all dieser Beschuldigungen, wie sie Ihr Schriftsteller Denas beschreibt. All diese Anschuldigungen sind 1948 vom Obersten Gerichtshof verworfen worden, ebenso weitere Beschuldigungen, die mir während meiner Amtszeit

als Kaplan in der Stadt Aljtus zur Last gelegt worden waren. Die Unterlagen sind am 24. November 1967 vom Obersten Gerichtshof vernichtet worden und ich wurde rehabilitiert. Ich bitte Sie, mir die Adresse des Verfassers zu schreiben, damit ich mit ihm besprechen kann, wie man diese Unwahrheit aus der Welt schaffen kann. Sollte ich innerhalb von 21 Tagen keine Antwort erhalten, werde ich Anzeige erstatten.

Hochachtungsvoll  
*Pfarrer V. Gelgota*

Antwort vom Verlag „Mintis“:

Hier die Adresse des Schriftstellers Vyt. Denas: Vilnius, Kosčiuskosstraße 36—3. (Unterschrieben vom Direktor des Verlages.)

An den Genossen V. Dėnas, Vilnius, K-Str. 36—3

In dem von Ihnen verfaßten Heft *Juzelė atėjo* (Juzelė kommt) und in der Broschüre *Ir mirdami Kovojo* (Und sterbend kämpften sie) bin ich sehr kränkend und schmerzlich für mich geschildert und beschrieben worden. Ich nehme wohl mit Recht an, daß Sie dieses schrieben, ohne über diesen Fall Nachforschungen angestellt zu haben. Denken Sie einmal darüber nach, wenn Sie von jemandem als Mörder hingestellt würden. Sie wären gewiß ebenso schockiert wie ich, und würden eine Widerlegung dieser Verleumdung verlangen. (Anmerk. d. Red.: Pfarrer G. beschreibt alle unrichtigen Darstellungen.) Ich hoffe auf Ihr Verständnis und denke, daß wir zu einer friedlichen Lösung kommen können. Besser wäre es, wenn Sie diese Unwahrheiten öffentlich widerlegen würden. Sollte ich von Ihnen bis zum 1. Juli 1968 keine Antwort erhalten, bin ich gezwungen, Anzeige zu erstatten.

Hochachtungsvoll

30. Mai 1968

*Pfarrer V. Gelgota*

Sehr geehrter Herr Pfarrer Gelgota!

In der Anlage übersende ich Ihnen zwei Exemplare meiner Widerlegungen, die Sie in der Kirchengemeinde vorlegen möchten. Die Widerlegung konnte ich leider nicht zum Druck in die Zeitung *Komjaunimo Tiesa* (Die Wahrheit der Komsomol) geben, da die Redaktion die Annahme verweigerte. Ich hoffe, daß die Redaktion der Zeitung *Naujas Kellas* (Neuer Weg) die von mir geschriebene Widerlegung veröffentlicht und somit die Ihnen von mir zugefügte schmerzliche Verleumdung wenigstens insoweit wiedergutmacht

wird. Leider kann ich sonst nichts mehr für Sie tun, obwohl ich es gerne möchte. Sogleich nach dem Krieg haben mir viele Leute über Sie im Dorfe Žvirgždaičiai berichtet. Nachträglich stellte sich heraus, daß Sie mit dieser Angelegenheit Gniazevičius nichts zu tun hatten und fälschlicherweise beschuldigt waren. Für diesen groben Irrtum bitte ich nochmals höflichst um Verzeihung. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und viel Erfolg in Ihrer Arbeit und Ihrer Überzeugung. Obwohl wir verschiedene Anschauungen haben, habe ich doch nicht das Recht, über Sie die Unwahrheit zu sagen.

25. Juni 1968

Hochachtungsvoll  
*Vyt. Dėnas*

An den Genossen Vyt. Dėnas

(Anm. d. Red.: Pfarrer G. dankt Vyt. Dėnas für seinen Brief und die zwei Exemplare der Widerlegung.)

In der Zeitung *Naujas Kėllas* wurde Ihre Widerlegung nicht veröffentlicht. So bitte ich Sie, in der Kreiszeitung der Stadt Sakiai Ihre Widerlegung zu bringen, da hier diese Verleumdungen über mich veröffentlicht waren und viele Leser diese unwahren Geschichten kennen und wissen, wie es sich zugegetragen hatte. Ich möchte keine Rache üben, denn jeder Mensch macht Fehler, aber es ist gut, daß man Fehler berichtigen kann.

28. August 1968

Hochachtungsvoll  
*Pfarrer V. Gelgota*

Sehr geehrter Herr Pfarrer Gelgota!

Leider waren meine Bemühungen ohne Erfolg, den Ihnen zugefügten Schmerz wenigstens teilweise zu lindern und zu beheben, denn die Kreiszeitungen der Städte Kapsukas und Šakiai haben meine Widerlegungen nicht zur Veröffentlichung angenommen. Die Kreiszeitung Kapsukas hat nicht einmal mein Schreiben beantwortet. Die Zeitungen Sowjetlitauens wollten die Erklärungen nicht anhören, die ich ihnen zu dieser Angelegenheit zu geben hatte. So bezahle ich für meinen Leichtsinns. Es fehlen mir die Worte, weil ich aus Erfahrung spreche, was ein moralisch zugefügter Schmerz bedeutet. Ich bitte vielmals um Verzeihung für diese unsagbar schwere Kränkung, die ich Ihnen zugefügt habe.

29. Dezember 1968

*Vyt. Dėnas*

*Vilnius*

Ein Bürger A. P. aus Vilnius wollte sich eine Bibel beschaffen, weil seine eigene ihm vor seiner Deportation nach Sibirien abgenommen worden war. Da er das gewünschte Buch in Litauen nicht bekommen konnte, wandte er sich diesbezüglich an seinen Freund in Amerika. Dieser Freund schickte von Amerika ein Neues Testament, welches in Litauen gedruckt worden war. Von der Zollbehörde bekam der Bürger A. P. eine Benachrichtigung, daß Drucke dieser Art nicht ausgehändigt werden können. Nun wandte sich A. P. an die Diözese Vilnius mit der Bitte, ihm ein Exemplar der Heiligen Schrift zu beschaffen. Von hier bekam er die Antwort, daß keine Bibel vorhanden sei. Woher können Gläubige die Heilige Schrift erhalten?

*Mažeikiai*

Am 15. August 1975 wurden die Lehrkräfte Antanas Skiparis und seine Frau Maria Skiparis ihres Amtes enthoben, weil sich der Sohn entschlossen hatte, Theologie zu studieren. Er hatte sich beim Priesterseminar angemeldet. 27 Jahre lang unterrichtet Antanas Skiparis bereits, seine Frau 25 Jahre. Beide waren sehr gute Pädagogen, waren von der Sowjetregierung geachtet und hatten mehrere Auszeichnungen erhalten. Die Eheleute wurden vom Schulamt gezwungen, ein Gesuch einzureichen, in dem sie um ihre Entlassung aus ihrem Amt baten. Die Anordnung kam vom Kultusministerium. Man erklärte ihnen, daß sie keine gleichwertige Tätigkeit mehr ausüben könnten, wenn man ihnen kündigen würde. Beide Lehrer reichten ein schriftliches Gesuch ein, mit dem sie um Entlassung aus ihrem Amt baten.

*Mažeikiai*

Die Bürgerin dieser Stadt, Emilie Gelumbauskiene, hatte vor ihr Haus ein heiliges Eichenkreuz stellen lassen. Sie wohnte in der Ausrostraße Nr. 7. Der Stadtrat von Mažeikiai verlangte von E. Gelumbauskiene, daß sie dieses Kreuz sofort entferne, da sie es ohne Genehmigung der Behörden aufgestellt habe. Man begründete dies Verlangen weiterhin damit, daß dieses Kreuz nicht weit von einer belebten Straße stehe und für die Nachbarn ein Ärgernis bedeute. E. Gelumbauskiene erklärte den Stadträten, daß dieses Kreuz vier Meter vom Bürgersteig entfernt stehe und niemanden störe, außerdem sei dieses Kreuz ein Kunstwerk und alle Menschen, die vorübergingen, bewunderten es mit Freude. „Sie müssen es dennoch abreißen!“

schrien der Vorsitzende des Vollzugskomitees, Povilavičius, und der Architekt Lava. Die alte Frau weinte und erzählte, wie sie auf verschiedenen Ämtern versucht hätte, eine Genehmigung zu erhalten, dieses Kreuz an seinem Platze stehen zu lassen. Im Mai 1975 bekam Gelumbauskiene vom Kreisvorsitzenden des Vollzugskomitees, Mažeikie, eine Aufforderung, das Kreuz bis zum 30. Mai zu entfernen. Unterschrieben war das Schreiben vom Vorsitzenden des Kreisvollzugskomitees, Tomkevičius, und der Sekretärin Nevorauskienė. „Das Kreuz entferne ich nicht“, erklärte erneut die alte Frau, „und wenn es stört, maure ich es in die Wand meines Hauses ein.“ „Wir werden das Kreuz mitsamt deiner Wand zertrümmern, und du bezahlst noch dafür“, drohten die Beamten. Im Mai fuhr dann Gelumbauskiene zum Bevollmächtigten für Religionsangelegenheiten der LSSR, K. Tumenas, nach Vilnius. „Machen Sie es so, wie es der Gemeinderat Ihrer Stadt entschieden hat, ich kann da nichts machen“, erklärte ihr der Bevollmächtigte. „Ich zerstöre das Kreuz nicht, lasse es aber auch nicht zu, daß jemand anderes es zerstört“, erklärte die Frau energisch und fuhr nach Hause. Bis heute hat niemand das Kreuz angerührt.

### *Mažeikiai*

Viele Jahre schon steht neben der Kirche der Dorfgemeinde Pievėnai ein von den Gläubigen beliebtes altes Kreuz. Dieses Kreuz halten die Gläubigen wie eine Reliquie. Bevor die Toten dieses Ortes beigesetzt werden, wird ihr Sarg geraume Zeit als letzte Ehrerweisung neben dieses Kreuz gestellt. Ein Beamter in Čekys, Kreis Mažeikiai, befahl 1975, dieses Kreuz zu entfernen. Die Gläubigen wollten nicht nachgeben. Das Kirchenkomitee wandte sich an die Diözese Telšiai mit der Bitte um Beistand, daß man dieses Kreuz schonen möge. Als die Regierung erkannte, daß die Gläubigen nicht nachgaben, gingen sie mit Betrug vor. Sie sollten das Kreuz erst einmal entfernen, wenn dann die Genehmigung von Vilnius erteilt würde, könnten sie ja ein neues Kreuz neben die Kirche oder auf den Friedhof setzen. Doch die Gläubigen befürchteten, daß das Kreuz beschädigt werden könne und stellten es vors Hauptportal der Kirche.

### *Šilutė*

Die Musiklehrerin Bukauskaitė aus diesem Ort nahm im August 1975 an einer kirchlichen Eheschließung teil. Für dieses „angebliche Vergehen“ ließ man die Lehrerin nur noch einen Tag unterrichten, sie wurde fristlos entlassen.

### *Kaltinėnai*

Mit 20 Rubeln Strafe belegte das Vollzugskomitee die Invalidin Visman-taite, weil sie fünf Kinder zur Beichte vor der Erstkommunion vorbereitetete.

### *Gargždai*

Am 20. September 1975 wurden nachts auf dem Friedhof zu Gargždai fünf Statuen geschändet. Schon in der Vergangenheit schändete man die Kreuzifixe an den Kreuzen. 1964 steckten Atheisten im Dorf Gordovėnai die Kapelle der heiligen Maria an, neben welcher die Gläubigen zum Mariengottesdienst zusammenkamen.

### *Šiluva*

Anfang September strömten von allen Teilen Litauens große Menschenmengen herbei, um die Geburtsfeier der heiligen Maria in Šiluva mitzuerleben und um hier zu beten. Am 9. September hielt die Verkehrspolizei der Stadt Raseiniai den Pfarrer der Gemeinde Vadaktai, Antanas Valantinas, an und hinderte ihn an der Weiterfahrt, er möge nach Hause zurückkehren.

„Warum halten Sie uns an, wir sind doch keine Verbrecher, wenn wir welche sind, dann erschießen Sie uns doch.“ Pfarrer A. Valantinas wurde nach Raseiniai gefahren und hier bestrafte man ihn mit 15 Tagen Arrest. Er kam jedoch nicht ins Gefängnis, sondern wegen seines schlechten Gesundheitszustandes ins Krankenhaus.

Am 9. September entzog die Verkehrspolizei einem Taxifahrer aus Kaunas seinen Führerschein, weil an Feiertagen keine Personen von Kaunas nach Raseiniai befördert werden dürften. Am 12. September um 22.00 Uhr nahmen fünf Polizeibeamte mit einem Durchsuchungsbefehl in der Kirche und der Kapelle in Šiluva Durchsuchungen vor. In der Kapelle fanden sie einen Bund mit Kerzen und in der Kirche eine Aktentasche mit Opfergaben. Danach beschimpften die Beamten den Gemeindepfarrer und beschlagnahmten die Opfergaben.

Am Sonntag, dem 14. September 1975, waren so viele Menschen nach Šiluva gekommen, daß die Straßen verstopft waren und die Verkehrspolizei sich keinen Weg hindurchbahnen konnte.

### *Sangrūda*

Am 5. Oktober 1975 feierte die Diözese Sangrūda (Kreis Kapsukas) ihr 50jähriges Bestehen. 1971 hatten unbekannte böse Hände die Kirche von

Sangrūda angesteckt. Dank der Energie des Gemeindepfarrers Kazimiras Skučas wurde in einem Haus eine gemütliche Kirche eingerichtet. Bereits am 2. Oktober wurden Polizisten und Grenzsoldaten eingesetzt, die alle Wege, die nach Sangrūda führten, bewachten und Ausweise von allen Durchreisenden verlangten. Da dieser Ort Zonengrenze ist, kam niemand durch, der keinen Passierschein besaß. Nun wußten sich die Leute aber auf andere Art und Weise zu helfen, sie gingen über die Felder und kamen auch so ans Ziel. Den hiesigen Kolchosen war dieser Tag als Arbeitstag angekündigt worden und die Schulen hatten nicht geschlossen. Doch kamen nur zwei Schüler zum Unterricht. Bischof Ludwigas Povilionis wurde von einer großen Menschenmenge begrüßt. Mit ihm kamen zwei Pfarrer, K. Skučas und P. Dumbliauskas. Den beiden Pfarrern war es nicht möglich, allen Leuten die Beichte abzunehmen und an sie die hl. Kommunion zu verteilen. Viele Gläubige mußten ohne Beichte und Kommunion heimkehren. An solchen Tagen können sich die Polizisten besonders bewähren, indem sie die Gläubigen hindern, diese kirchlichen Feste zu besuchen und zu feiern.

### *Sližiai*

An der Straßenkreuzung Sližiai stand ein Kreuz aus Granit mit der Inschrift: Am 25. Juli 1917 fielen im Kampf gegen die Deutschen, unser täglich Brot verteidigend, Dornas Žilinskas, Juozas Žilinskas, Kazys Sakalauskas, und vor Gram und Schmerz starben H. Sakalauskas, Jurgis Jasionis, Pranas Novikas, Veronika Novikaitė. Datum: 15. Mai 1928. Ehre sei den Helden. Dieses Kreuz wurde auf den Friedhof gestellt. Auf Anfragen der Bewohner bei der Stadtverwaltung, warum sie dieses Kreuz auf den Friedhof gestellt habe, bekamen sie die Antwort: „Begreifen Sie denn nicht, daß nicht alle ertragen können, am Kreuze Jesu vorbeizugehen?"

### *Panevėžys*

In die Kirche Sankt Peter und Paulus in Panevėžys wurde am 16. September 1975 eingebrochen. Die Opferkästchen wurden aufgebrochen. Am 17. September 1975 wurde aus der Kathedrale Panevėžys ein wunderschönes Kunstwerk entwendet. Die Diebe stiegen durchs Fenster ein. Am 21. September 1975 wurde die Kirche von Karsakiskis nachts ausgeraubt. Viele Kunstgegenstände, heilige Bilder und Requisiten zur heiligen Kommunion wurden gestohlen. Ebenso wurde auch die Kirche Naujamiestis ausgeplündert.

## *Vilnius*

Im Hause der Kultur der Gewerkschaft in Vilnius gründete man einen Volkslieder-Gesangklub. Hier war jung und alt vertreten. Ingenieure, Künstler, Lehrer und Studenten, alle hatten das gleiche Interesse, die schöne alte litauische Tradition zu wahren und weiterzuführen. In der Zeit seines Bestehens hat der Klub nicht weniger als 100 Volks-Veranstaltungen durchgeführt, Konzerte gegeben, Volksabende gestaltet und Rundreisen organisiert. Mehrmals brachten die Zeitschrift *Literatura ir menas* (Literatur und Kunst) und auch andere Zeitungen gute Kritiken und äußerten sich positiv. Am 11. September 1975 wollten die Klubmitglieder wie gewohnt zu ihrem ersten Liederabend nach dem Urlaub zusammentreffen. Hier erwartete sie eine unangenehme Überraschung. Auf Anordnung des Stellvertretenden Direktors des Kulturhauses waren die Türen verschlossen. Die Teilnehmer probten daraufhin im Vestibül. Die Administration verlangte, die Proben zu beenden, und erklärte den Mitgliedern, daß dieser Klub illegal gegründet sei, die Veranstaltungen ohne eine Bestätigung des Status gestaltet wären und ein Arbeitsplan ebenfalls nicht vorhanden sei. In Wahrheit war jedoch der Status geschrieben und der Administration des Kulturhauses vor einem Jahr eingereicht worden. Diese Papiere waren auf Order von irgend jemandem verlegt worden. Schon einige Male hatte man versucht, die Arbeit dieses Vereins zu stören. Nachdem Savickas den Sicherheitsdienst aufgesucht hatte, mußte der Klub seine Arbeit einstellen. Dem Verein wurde zum Vorwurf gemacht, daß hier Veranstaltungen geprobt würden, die sogar in Šiluva und im Vorort von Vilnius, in Jerusale, durchgeführt würden. Es erwartet so auch diesen Klub dasselbe Schicksal wie den Klub „Heimatsforschung“ und den „Diskussionsklub Litauens“. Die Hand der Sowjetunion möchte die gesamte litauische Geschichte ausrotten.

## *Vilnius*

Am 22. September 1975 wurde im Opernhaus das 100jährige Jubiläum des Dichters Čiurlionis gefeiert. Die Eintrittskarten wurden nur vom Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei ausgegeben. Am 1. Oktober 1975 wurde Leonas Šulcas, der in dem Kombinat *Dailė* (Kunst) arbeitet, vom Staatssicherheitsdienst gefragt, ob in seiner Arbeitsstelle irgendwelche antisowjetischen Themen zur Sprache gekommen seien und ob er mit dem jetzigen Lebensstandard zufrieden sei, ebenso fragte man ihn, was er noch an alter litauischer Literatur besitze. Ab 1974 wird die Aufnahme in alle litauischen Hochschulen, sogar von Laboranten, nur mit Befürwortung des Staatssicherheitsdienstes zugelassen. Am 26. Juni 1975 hat der

Staatssicherheitsdienst die Bürgerin Gamma Bagdonavičiūtė zu einem Verhör geladen. Den Untersuchungsrichter interessierte, wer die Fronleichnamfeier organisiert habe. Ungeachtet der fortwährenden Verfolgungen, die die Teilnehmer an dieser Feier zu befürchten haben, versammeln sich jedes Jahr sehr viele Jugendliche zu diesem Tag.

### *Panevėžys*

1975 im Frühling und Ende Juni hat der Staatssicherheitsdienst von Panevėžys den Bürger Petras Dūda, der in der Fabrik „Ekranas“ beschäftigt war, befragt, wer die Wanderung *Daukanto taku* (Weg nach Dauganta) organisiert und wer die Fronleichnamfeier auf dem Berge von Bakaina vorbereitet habe. Kurz vor dieser Vorladung hatte die Verwaltung dieser Fabrik die Fotoausrüstung von Dūda beschlagnahmt, weil er als einziger Aufnahmen von diesen Veranstaltungen gemacht hatte. Der Weg nach Dauganta führt als Jubiläumsgang (für den Dichter Daugantas) von Lenkimi bis zur Universität Vilnius und über viele berühmte litauische Orte nach Šiluva. Vielleicht hätten die Beamten des Staatssicherheitsdienstes ihre Aufmerksamkeit nicht auf diese Wanderung gelenkt, wenn sich nicht mit jeder Etappe immer mehr Menschen zu diesem Zug gesellt hätten. Es kamen bei jeder Station jeweils etwa 100 Menschen hinzu, und so wurde diese Wanderung und eine Teilnahme an ihr strikt verboten.

Am 14./15. Juni 1975 sollte der fünfte traditionelle Sportwettkampf in Šiluva stattfinden, mit Sportlern aus den Städten Klaipėda, Šiauliai und Panevėžys. Die Sportler aus Panevėžys wandten sich an ein staatliches Bus-Reiseunternehmen und wollten einen Bus mieten, der sie nach Šiluva fahren sollte. Die Verwaltung dieses Reiseunternehmens gab zur Antwort, daß sie nur mit Genehmigung des Zentralkomitees der KP einen Bus zur Verfügung stellen dürfe. Danach wandten sich die Sportler an die zuständigen Regierungsstellen und baten, ihnen bei der Beschaffung eines Transportmittels nach Šiluva behilflich zu sein. Hier wurde den Sportlern von den leitenden Angestellten eröffnet, daß die Wettkämpfe an einem anderen Ort stattfinden müßten, weil es zu weit wäre.

## BRUDER IN WEISSRUSSLAND

### *Pelassa*

Maria Stračinskienė bekam von der Kolchose Land zur eigenen Nutzung zugeteilt und zwar auf einem alten Friedhof, auf dem noch zehn Kreuze standen. Die Frau weigerte sich, dieses Land zu bestellen und wandte sich an

die Regierungen von Varnova und Minsk mit dem Hinweis, daß auf dem Friedhof auch Kommunisten begraben seien. Von Varnova kam eine Kommission, sah sich alles an, schüttelte die Köpfe und fuhr wieder fort. Nach geraumer Zeit bekam die Bürgerin den Bescheid, daß sie dieses Stück Land, das ihr zugeteilt sei, zu bearbeiten habe. Dies ist nicht die erste Schändung von Friedhöfen in dieser Gegend. Zu Ausbesserungsarbeiten der Landstraße Radumie—Pelassa wurde Erde von einem Friedhof geholt, obwohl sich dort noch Grabdenkmäler befanden.

### *Voverka*

Die Gläubigen der Gemeinde Voverka freuten sich, daß sie endlich nach vielen Gesuchen die Genehmigung von Moskau erhalten hatten, daß einmal im Monat ein Geistlicher aus Kamska einen Gottesdienst bei ihnen abhalten dürfte. Es war dem Geistlichen jedoch verboten, einen Organisten mitzubringen, der in Voverka einen Kirchenchor gründen könnte. Später untersagte man sogar einem Mädchen, das die Orgel spielen konnte, nach Voverka zu fahren.

### *Breslanja*

Pfarrer Vilčinskas hat 16 Pfarreien zu betreuen, darunter auch einige Dörfer, in welchen die Einwohner litauisch sprechen. Ohne Grund wurde dem Geistlichen von der Verkehrspolizei der Führerschein entzogen. Obwohl er nüchtern war, beschuldigte man ihn, nach dem Genuß von Alkohol einen Wagen gelenkt zu haben. Diese Tatsache zeugt davon, wie die einzelnen Behörden gegen die Gläubigen handeln. Die Gemeinden kennen alle den Pfarrer und wissen, daß er keinen Alkohol zu sich nimmt.

### *Pelesa*

Die Gläubigen dieser Pfarrgemeinde sandten im Winter eine Delegation ins Erzbistum Vilnius mit der Bitte, einen litauischen Priester mit der Betreuung ihrer Gemeinde zu beauftragen, oder im Nachbarort Radūne Gottesdienst in litauischer Sprache abhalten zu lassen. Die Antwort aus der Kanzlei des Erzbistums war folgende: Die Regierung würde nie einen Priester aus Litauen zur Betreuung der Pfarrgemeinde zulassen, deshalb möchten sich die Gläubigen ans Pfarramt in Radūne wenden und dort ihr Anliegen vorbringen. Von den Geistlichen in Radūne bekamen sie die Antwort, daß Gottesdienste in litauischer Sprache nur dann abgehalten werden könnten,

wenn dieses Land Litauen zugeeignet werden würde. Die litauische Kreisgemeinde von Radūne hatte mehrmals Gesuche mit mehreren tausend Unterschriften an den Rat des Obersten Sowjet gerichtet und gebeten, diesen Kreis mit Litauen zu vereinigen. Leider bekam sie nur Absagen und es erfolgten nur Regierungsrepressalien.

## IN DER SOWJETISCHEN SCHULE

### *Šiauliai*

Die Lehrerin Griškoniė des zweiten Internats von Šiauliai riß einer Schülerin den Rosenkranz aus der Hand, zerriß ihn und warf ihn in den Mülleimer. Das Mädchen erklärte ihr hierzu energisch, sie habe anstelle des Rosenkranzes noch zehn Finger und könne immer beten, in den Pausen, im Bett und auf allen Wegen.

### *Salos*

Im Mai 1975 wurde in der Grundschule ein Elternabend veranstaltet. Die Lehrerin Mickevičienė hielt einen atheistischen Vortrag, wobei sie die Gläubigen als dumme und ungebildete Leute bezeichnete. Direktor Augulis erklärte, daß Religion Wahnsinn sei, deshalb sollten die Eltern ihre Kinder nicht in die Kirche lassen. Die Direktorin ermahnte die Eltern, nicht auf die Geistlichen zu hören und ihre Kinder nicht zur Erstkommunion gehen zu lassen. Ebenso meinte Direktor Augulis, daß der Pfarrer Petras Nykštus die sowjetischen Gesetze genau kenne, sie aber breche und er wäre auch schon zweimal hierfür bestraft worden. „So sollte man doch solchen Geistlichen kein Gehör schenken.“

### *Gargždai*

Die Lehrerin der Mittelschule Paulauskaitė befahl den Schülern der dritten Klasse, auf ihre Fragen zu antworten. Folgende Fragen stellte sie: Ob die Schüler an Gott glaubten, ob sie die Kirche besuchten, ob sie zur Beichte gingen, und sie stellte noch weitere Fragen bezüglich der Religion. Ein Schüler fragte, ob es der Lehrerin nicht einerlei sei, ob er an Gott glaube oder nicht. Die Lehrerin beschimpfte diesen Schüler und nahm ihn zum Direktor der Schule mit. Hier erklärte sie, daß der Schüler nicht folgsam sei. Der Schüler beantwortete keine Fragen des Direktors.